Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernruf 92 und 97. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 112 | Montag, den 25. April | Jahrgang 1927

Exminister Reinhold.

Des früheren Reichsfinanzministers Reinhold Interesse an den Angelegenheiten seines früheren Ressorts hat unter seinem Ausscheiden aus dem Amte nicht gelitten. Das beweist seine an anderer Stelle wiedergegebene Rede auf dem demokratischen Parteitag in Hamburg; das bewiesen vorher seine verschiedenen Artikel in der demokratischen Presse. Mit ihnen beschäftigt sich ein viel beachteter Artikel in der Samstag-Abend-Ausgabe der „Germania".

U. a. wird von Reinhold, so schreibt das Blatt, behauptet, der Etat von 1927 sei bedenklich aufgebläht und sein Gleichgewicht aufs schwerste gefährdet. Und zwar deshalb, weil die neue Regierung sehr teuer arbeite, indem sie auf Kosten der Wirtschaft die wichtigsten Parteiforderungen ihrer Anhänger aus den verschiedensten Lagern, nämlich der Agrarier unter den Deutschnationalen, der Sozialpolitiker des linken Zentrumsflügels und der Föderalisten der Bayerischen Volkspartei, erfüllen müsse. Aber hat nicht Herr Reinhold selbst s. Zt. dem Reichstag einen Etat vorgelegt, der nur deshalb balanzierte, weil der damalige Reichsfinanzminister eine ganze Reihe von bestimmt auftretenden Ausgaben bewußt einfach nicht in den Etat aufgenommen hat? Hat er nicht selbst den Ländern die Abnahme der Kosten für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge am 1. April 1927 versprochen, dafür aber im Etat keinen roten Pfennig vorgesehen, obwohl der Aufwand hierfür 250 Millionen beträgt? Hat er nicht den Beamten die Verbesserung ihrer Besoldung versprochen, aber dafür keine Mark in das Budget eingestellt? Hat er nicht den Kriegsbeschädigten eine Erhöhung ihrer Bezüge in Aussicht gestellt, dafür aber nichts in den Etat eingesetzt? Hat Herr Reinhold bei dieser Sachlage das Recht, der neuen Regierung den Vorwurf zu machen, sie habe das Gleichgewicht des Etats aufs schwerste gefährdet? Das Gegenteil ist doch richtig. Sie hat den Etat, der durch die von Herrn Reinhold einfach beiseite geschobenen Ausgaben schwer gefährdet war, wirklich ins Gleichgewicht gebracht. Weshalb waren denn die Streichungen im Entwurf des Haushalts überhaupt notwendig? Einzig und allein, um den Reinholdschen Etat in Ordnung zu bringen.

Nicht richtig ist, daß im neuen Etat über den Entwurf hinaus agrarische Wünsche berücksichtigt worden seien. Und der „Föderalismus der Bayerischen Volkspartei"? Ist es richtig, daß die Erhöhung der Biersteuer den Bayern gar nicht von dem jetzigen Reichsfinanzminister, sondern von Herrn Dr. Reinhold bereits im Dezember vorigen Jahres zugestanden worden ist, zur Ueberraschung von Württemberg und Baden, die keine Ahnung davon hatten, daß durch das Reinholdsche Versprechen an Bayern auch sie eine Erhöhung der Biersteuerüberweisung erhalten würden? Wer hätte demnach dem Föderalismus das große Opfer gebracht?

An Stelle rein wirtschaftlicher Erwägungen, so sagt Herr Dr. Reinhold, habe man wieder die parteipolitischen Ausgabenbewilligungen gesetzt. Diese Aeußerung scheint uns besonders gewagt im Munde gerade Herrn Reinholds, der selbst, wenige Tage vor seinem Rücktritt, noch eine Anleihe aufgelegt hat, über deren Erfolg „man sich überall in Deutschland durchaus im klaren ist". Selbst in demokratischen Blättern hat die schwerste Kritik eingesetzt über jene Anleihe, wenn auch nur im Handelsteil, während man im politischen Teil Herrn Dr. Reinhold, dessen geistvolle und ideenreiche und manchmal reichlich dilettantische und unkontrollierte Art auch wir nicht verkennen, freundliche Worte widmete. Es muß einmal in aller Oeffentlichkeit gesagt werden, daß diese Anleihe, die gegen den Rat aller erfahrenen Geldleute aufgelegt wurde, ein totaler Mißerfolg war und daß ihr Kurs nur mit äußersten Anstrengungen einigermaßen aufrecht erhalten werden kann. Und weshalb hat Dr. Reinhold diese Anleihe aufgelegt? Wir möchten mit der Antwort zunächst noch zurückhalten. Der Erfolg aber seiner Aktion ist offenkundig. Es ist ein Mißerfolg im größten Ausmaße, schädigend nicht nur für das Reich, sondern für unsere gesamte Volkswirtschaft.

Doch Herr Reinhold geht weiter: „2000 neue Steuerbeamte sind keine Heilmittel für unsere Not. Nur eine wirkliche Reform unseres Steuerwesens und unserer ganzen Verwaltung kann uns helfen." Etwas kühn im Munde eines Mannes, dem man vielfach vorwirft, daß er die Finanzämter zusammenbrechen ließ und sich um die Organisation der ihm anvertrauten Verwaltung, des Vollzugsorgans der ganzen Steuerpolitik, überhaupt nicht gekümmert habe, so daß heute bei einer großen Anzahl von Finanzämtern von einer geordneten Veranlagung und Erhebung der Steuern überhaupt keine Rede mehr sein kann. Warum hat Herr Dr. Reinhold die von ihm alsbald nach seinem Abgang und auch jetzt wieder so stürmisch verlangte Verwaltungsreform nicht selber in Angriff genommen? Jetzt ist sie im Laufe, wenn auch das neue Regime im Reichsfinanzministerium mit etwas weniger geräuschvollen Methoden arbeitet.

Aber Herr Reinhold geht weiter. Die Politik der Steuersenkung sei bewußt verlassen worden. Nicht einmal die Senkung der Einkommensteuer für die mittleren Klassen und die Ermäßigung der Zuckersteuer werde ernsthaft mehr in Erwägung gezogen. Man darf hier doch fragen, hat denn Herr Reinhold irgendwie Mittel vorgesehen, um diese Senkungen im Etat auszugleichen? Weshalb hat er im vorigen Jahre nicht mit einer Senkung der Einkommensteuer begonnen, sondern sich gerade auf die problematische Umsatzsteuer verlegt? Endlich, wer sagt ihm denn, daß die Politik der Steuersenkung verlassen worden sei?

Daß er von der im Finanzausgleich vorgesehenen Senkung der Realsteuern nicht viel hält und sie als eine leere Geste bezeichnet, kann nicht wundernehmen. Aber man muß ihm raten, einige Monate zu warten, dann wird er sehen, daß es auch auf diesem Gebiete, wie auf dem der Reform unserer Verwaltung und unseres Steuerwesens, vorwärts geht.

Von einer „verlorenen Schlacht der Wirtschaft" zu reden, scheint uns doch etwas zu starker Tabak. Aber wir wissen ja, daß Dr. Reinhold die großen Worte liebt.

Der Wahlsonntag in Oesterreich.

Die Aussichten.

Am gestrigen Sonntag fanden in ganz Oesterreich die Neuwahlen zu dem auf Grund eines Nationalratsbeschlusses vor Ablauf seiner normalen vierjährigen Gesetzgebungsperiode aufgelösten Nationalrat und in einigen der neun Bundesländer außerdem die Landtagswahlen statt. Zur Durchführung der Nationalratswahlen ist Oesterreich in 25 Wahlkreise geteilt. Bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1923 wurden 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 10 Großdeutsche und 5 Vertreter des „Landbundes für Oesterreich" gewählt. Für die gestrigen Nationalratswahlen waren folgende Parteilisten (größerer Parteien oder von Gruppen von Parteien) angemeldet: Einheitsliste (d. s. Christlichsoziale, Großdeutsche und kleinere bürgerliche Parteien), Sozialdemokraten, Landbund für Oesterreich (d. s. Deutschnationale Freisinnige Agrarier) und mehrere Listen kleiner Sonderparteien, darunter die Kommunisten.

Im ganzen sind 165 Mitglieder zu wählen, von denen etwa 140 im ersten Ermittlungsverfahren besetzt, 25 zur Aufteilung auf die Reststimmen benützt werden. Das ist diesmal besonders wichtig, da bei der Knappheit der Entscheidung das zweite Verfahren das Bild noch sehr entscheidend ändern kann. Häufig erlangt gerade eine Stimmenverteilung, die sich im ersten Ermittlungsverfahren ungünstig ausdrückt, im zweiten dafür eine unvergleichlich bessere Situation. Von der Abstimmungstechnik aus gesehen kann das Ergebnis nur zwischen zwei extremen Ergebnissen: Zweidrittel-Mehrheit der Bürgerlichen oder absoluter Mehrheit der Sozialdemokraten schwanken. Die Bürgerlichen standen zu den Sozialisten wie 97 : 68. Sie müßten also einen Gewinn von 13 Mandaten machen, um zu dem Hochziel der Zweidrittel-Mehrheit von 110 zu gelangen, während die Sozialdemokraten zur Erlangung der absoluten Mehrheit von 83 Mandaten 15 Mandate zu gewinnen hätten. Wie unwahrscheinlich sowohl die eine wie die andere äußerste Tatsache ist, haben die in den letzten Wochen stattgefundenen Wahlen im Burgenland, in Salzburg und in die Landwirtschaftskammern bewiesen. Ueberall hat sich eigentlich der Statusquo durchgesetzt. Jedesmal gab es auch dasselbe Merkmal: die Wählerzahl hatte zugenommen. Zum Teil aus dem Reservoir der Nichtwähler, die bei den letzten Wahlen eine halbe Million betrug, zum Teil aus dem Zuwachs der Wahlberechtigten, der von 1923 bis 1927 etwa ebensoviel betrug. Jede Partei hätte also ihren „Zuwachs", der sie in Siegesstimmung versetzte, auch wenn ihr Besitz im Volksganzen vielleicht bereits abbröckelte.

Es gibt drei Möglichkeiten des Wahlausganges. Erste Möglichkeit (mehr Hypothese als politische Wahrscheinlichkeit): die Sozialdemokraten siegen. Das würde außenpolitisch die Isolierung und den Beginn gefährlicher Experimente, innenpolitisch die sofortige Abwendung der übrigen Bundesländer werden und damit die Aufrollung einer neuen, sehr schwierigen Situation bedeuten, der im günstigsten Falle durch eine bürgerlich-sozialistische Koalition abgeholfen werden könnte. Die zweite Möglichkeit (angesichts des besonderen psychologischen Zustandes der österreichischen Sozialdemokratie, die es ja bisher gerade dank der Ausblutung der bürgerlichen Wirtschaft zu respektablen Erfolgen gebracht hat, nicht viel wahrscheinlicher als Möglichkeit eins): die bürgerliche Zweidrittel-Mehrheit wird erreicht. Dann wäre zwar die Tatsache einer energischen antimarxischen Politik auch parlamentarisch außer jeden Zweifel gestellt, aber viele ihrer Folgen sind auch schon mit der dritten Möglichkeit erreicht (für die etwa 99 Prozent der Wahrscheinlichkeit sprechen): der Statusquo wird behauptet, das heißt, es werden von 165 Mandaten bestenfalls hundert, schlechtenfalls 95 erreicht. Je weiter die Ziffer der bürgerlichen Mandate von 100 abrückt, desto mehr wird diplomatisches Geschick in der bürgerlichen Führung die zahlenmäßige Ueberlegenheit ersetzen müssen. Es muß dem zahlenmäßigen Erfolg bei der Tatsache des erreichten Statusquo noch ein beträchtlicher stimmungsmäßiger Wert hinzugerechnet werden. Zeigt sich gar eine, wenn auch nur geringe, aufsteigende Tendenz, sei es daß die Taktik der Einheitsfront Erfolg gezeigt hat, sei es daß die zur Urne getriebenen Nichtwähler und die neuen Wähler hellsichtiger sind als die von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten in Bann geschlagenen, dann ist vollends die Möglichkeit gegeben, auch nur im Fall der Behauptung von einem Sieg zu sprechen. Man erwartet ihn mit Gewißheit.

Ein Stimmungsbild.

Von unserer Berliner Redaktion.

Aus den niederösterreichischen Provinzen werden einige blutige Zwischenfälle gemeldet. In Wagram z. B. wurde ein christlich-sozialer Agitator von Sozialdemokraten überfallen, mit Faustschlägen und Stockhieben niedergeschlagen und, als er das Bewußtsein verloren hatte, noch mit Fußtritten bearbeitet. Bei trübem und regnerischem Wetter begannen am Sonntag vormittag 7 Uhr die Wahlen. Zu dieser frühen Morgenstunde kamen in Wien bereits viele Wähler zur Urne. Es waren in der Mehrzahl die sozialdemokratischen Arbeiter, die einem Befehl der Partei gehorchten und so zeitig früh ihre Stimme abgaben. Die bürgerlichen Wähler wurden in den Vormittagsstunden durch eine Wisitenkarte überrascht, die auf geheimnisvolle Weise in zahlreichen Privatwohnungen abgegeben wurden. Darauf war zu lesen: „Karl Seitz, Bürgermeister der Stadt Wien, ersucht Sie dringend, an den Wahlen teilzunehmen und für die sozialdemokratische Liste zu stimmen." Diese heimtückische Wahlbeeinflussung wurde natürlich sofort durchschaut. In den Mittagsstunden wurde der Andrang zur Wahlurne noch stärker. Schlepper brachten säumige Wähler zur Wahl herbei. Kranke wurden im Rollwagen geführt. Da die laute Agitation an Wahltagen gesetzlich verboten ist, ereigneten sich keine Zwischenfälle oder Zusammenstöße. Sogar die Wahlzettelverteiler hatten ein stillschweigendes Kompromiß abgeschlossen. Auf der rechten Seite des Bürgersteiges wurden die Stimmzettel für die bürgerliche Einheitsliste und auf der linken Straßenseite diejenigen für die sozialdemokratische Partei verteilt. Bis in die Mittagsstunden hatten etwa 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmzettel abgegeben. In Oesterreich haben bekanntlich auch die Soldaten das Wahlrecht, und in den Wahlbezirken, wo die Kasernen liegen, sah man in den Vormittagsstunden ein feldgraues Bild. Die meisten dieser Soldaten sind, wie man gerade in der letzten Zeit feststellen mußte, sozialdemokratisch organisiert, und es besteht wohl kein Zweifel, daß die Mehrheit des österreichischen Bundesheeres für die sozialdemokratische Liste stimmte. Der Andrang zu den Wahllokalen wurde in den späten Nachmittagsstunden immer größer. Ganze Kolonnen standen in strömendem Regen vor den Wahllokalen und mußten sehr lange warten, ehe sie an die Reihe kamen. Diese Saumseligkeit und Nachlässigkeit vieler bürgerlicher Wähler kann den Nachteil bringen, daß es ihnen garnicht mehr gelang, noch vor 5 Uhr, dem Schluß der Wahlzeit, ihre Stimme abzugeben.

★

Keine wesentlichen Verschiebungen der Stimmenverhältnisse.

Wien, 24. April. Am heutigen Vormittag ist die Wahl vollkommen reibungslos verlaufen. Die Straßen sind still, und man erwartet auch für den Rest des Tages keinerlei Zwischenfälle. Nach den bisherigen Berichten war die Wahlbeteiligung in ganz Oesterreich, besonders aber in Wien, enorm. In einzelnen Wiener Bezirken soll sie bis zu 97 Prozent betragen haben. Es scheint, daß nur einzelne örtliche Ueberraschungen zu erwarten sind. Aus Ober-Oesterreich liegen vorläufig Meldungen vor, wonach dort die Einheitsliste im allgemeinen günstig steht, aber auch die Sozialdemokraten haben sich behauptet. Dagegen hat nicht nur die Ude-Partei, sondern auch der Landbund anscheinend schlecht abgeschnitten. Auch in Nieder-Oesterreich scheint der Landbund in einzelnen Kreisen Mißerfolge erlitten zu haben, während die Sozialdemokraten zugenommen haben. Erfolge hat der Landbund nach den bisherigen Meldungen in Steiermark erzielt, so in Deutsch-Landsberg, wo seine Erfolge auf Kosten der Einheitsliste erfolgt zu sein scheinen. Aus Kärnten werden bisher Erfolge der Einheitsliste auf dem flachen Lande und der Sozialdemokraten in den Industriegebieten gemeldet. Aus Wien selbst liegen nur ganz vereinzelte Angaben aus einzelnen Wahlsprengeln vor. Nach den bisherigen Ergebnissen vermutet man, daß in Wien und Nieder-Oesterreich trotz einzelner Aenderungen keine wesentlichen Verschiebungen der Stimmenverhältnisse zwischen den beiden wichtigsten Parteigruppen zu erwarten sind.

★

Das Resultat in Vorarlberg.

◉ Bregenz, 24. April. Die Nationalratswahlen sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Das Ergebnis von einer Gemeinde fehlt noch. Bisher wurden 76 101 Stimmen gezählt. Das ist eine Wahlbeteiligung von 90,7 Prozent, davon erhalten die Einheitsliste 54 613, Sozialdemokratische Partei 16 943, Landbund für Oesterreich 3 470, die Udepartei 651 und der völkische soziale Block 434. Es erscheinen somit gewählt drei Kandidaten der Einheitsliste und ein Kandidat der sozialdemokratischen Partei.

★

Erfolge der Einheitsliste in Tirol.

× Wien, 24. April. Günstige Resultate für die Einheitsliste liegen bisher aus Tirol vor. Es scheint festzustehen, daß die Sozialdemokraten die bis jetzt innegehabten zwei Nationalratsmandate bereits verloren haben. Als Stichproben mögen folgende Ziffern dienen: Schwaz: Einheitsliste 13 600, Sozialdemokraten 2 880, Kitzbühel: Einheitsliste 10 900, Sozialdemokraten 2 800, Imst: Einheitsliste 11 060, Sozialdemokraten 1 070.

Schulgesetz und Preßgesetz.

◆ Berlin, 23 April. Zu der Meldung eines Berliner Blattes erfahren wir, daß über das Schulgesetz ebenso wie über eine Aenderung des Pressegesetzes bis jetzt nur Vorbesprechungen stattgefunden haben. Ein Entwurf liegt noch nicht vor. Das Schulgesetz wird aber den parlamentarischen Körperschaften noch vor dem Beginn der Sommerferien zugehen, sodaß die Ausschüsse sich während der Ferien damit befassen können.

Bevorstehende Erhöhung der Postgebühren.

◆ Berlin, 24. April. Das Reichspostministerium bereitet eine Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vor, wonach die Briefbeförderungsgebühren von 10 auf 15 Pfennig und dementsprechend die übrigen Postgebühren erhöht werden sollen. Der im Jahre 1868 eingeführte Zehn-Pfennigtarif ist bei dem heutigen Geldwert auch nicht mehr annähernd im Stande, die stetig steigenden Selbstkosten der Post zu decken. Die infolgedessen seit einiger Zeit sehr gespannte Finanzlage der Deutschen Reichspost läßt nach der Lage der allgemeinen Wirtschaft leider für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung nicht erwarten. Während die Grundpreise für Industrie und die Gesamtwirtschaft, der Lebenshaltungsindex und die Arbeiterlöhne allmählich um 50 v. H. und mehr gestiegen sind und die Ausgaben der Post sich dadurch laufend erhöht haben, sind die Gebühren gleich geblieben, sodaß eine immer größere Spannung eintrat. Kein Land der Welt hat noch gleich niedrige Postgebühren, keine Eisenbahn oder Straßenbahn hat so niedrige Tarife wie die Deutsche Reichspost. Es ist daher nicht mehr zu umgehen, daß die Post nunmehr die längst notwendige Angleichung ihres Tarifs an die allgemeine Preislage nachholt.

Parteitag der Nationalsozialisten in Essen.

Blutige Zusammenstöße.

Essen, 24. April. Zu dem hier am Sonnabend und Sonntag stattfindenden zweiten Parteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Ruhr, sind von der Führung der Partei u. a. Adolf Hitler, die Abgeordneten Strasser und Feder und ferner der Führer der schwedischen Nationalsozialisten, Dr. Furugard, eingetroffen. Bei den am Sonnabend abend veranstalteten sieben Massenversammlungen kam es zu Zusammenstößen, und zwar neben mehreren Einzelangriffen auf Nationalsozialisten im Segeroth-Viertel zu einem größeren Zusammenstoß, bei dem mehrere Schüsse fielen. Verletzt wurden zwei unbeteiligte Personen durch Schüsse in Oberschenkel und Knie. In einer Versammlung im Kaiserpark in Altenessen kam es zu einer heftigen Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Von den Versammlungsteilnehmern wurden etwa zwanzig Personen durch Messerstiche und Schläge verletzt. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte die Ruhe wieder her. Da die Essener Kommunisten den Besuch ihrer Gautagung in Herne plötzlich absagten, erwartet man noch Zusammenstöße. Die Polizei ist in Alarmbereitschaft und hält die Verkehrspunkte besetzt. Ueber Zwischenfälle am Sonntag war von der Polizei noch nichts zu erfahren.

Eisenbahnattentat und Katholikenhetze in Mexiko.

Die Verhaftung und Verbannung der Bischöfe.

Aus Mexiko-City wird gemeldet: „Erzbischof Mora del Rio, das Oberhaupt der katholischen Kirche in Mexiko, und fünf andere geistliche Würdenträger wurden plötzlich verhaftet auf Grund der vom Episkopat über den Eisenbahnüberfall herausgegebenen Erklärung. Darin bestreitet die katholische Kirche alle Schuld und beschuldigte die Regierung ähnlicher Missetaten. Der Unterzeichner der Erklärung des Episkopats, Erzbischof Leopoldo Ruiz, sei entflohen.

Die mexikanische Regierung hat die Verbannung folgender Würdenträger angeordnet: Erzbischof Mora del Rio von Mexiko, Erzbischof Leopoldo Ruiz, Florez von Maickoacam und Bischof Salvador Iranga von Cuernavaca, Inatio Valdespino, Diaz von Aguascalientes, Gerardo Anata von Chiapas, José Maria Escheverria von Saltillo. Die Würdenträger werden der Propaganda gegen die Regierung angeklagt.

Wie verlautet, sollen die Erzbischöfe und Bischöfe bereits die Deportierungsorder erhalten und sich nach den Vereinigten Staaten begeben haben. Man erwartete ihr Eintreffen an der Grenze am Sonnabend."

* * *

Für die Brutalität des durch nichts als durch rabiaten Verfolgungsgeist gegen die katholische Kirche gerechtfertigten Vorgehens der Calles-Regierung haben gewisse, sonst von Humanität triefende deutsche Blätter einen Sinn. Aehnlich wie der „Dortm. Gen.-Anz.", für den es ohne weitere Untersuchung feststand, daß es sich um die Tat katholischer Priester handele, verkündet der „Vorwärts", für den alles, was diese mexikanische Regierung sich zusammenlügt, lauterste Wahrheit ist, „die Räuberbande der mexikanischen Kirche" sei entlarvt. Die heutige Sozialdemokratie wittert Kulturkampfluft und unterscheidet sich darin kaum von dem Liberalismus der 70er Jahre, dessen alter Geist nichts weniger als erloschen ist.

Es wird keine zivilisierten Menschen geben, die diese schreckliche Tat nicht aufrichtig bedauern und tiefstes Mitgefühl mit den unglücklichen Opfern haben. Zu diesem Bedauern und Mitgefühl gesellt sich höchstens noch das Erstaunen, daß so etwas im 20. Jahrhundert noch möglich ist — im Lande des Herrn Calles! Diese Schreckenstat kann nur damit erklärt werden, daß Herr Calles seine Polizei und sein Militär eben lediglich zur Verfolgung unschuldiger Priester und Kirchenbesucher einsetzt, anstatt die staatlichen Machtmittel zur Bekämpfung des Banditenunwesens zu verwenden. Die Katholiken verfolgte man, den Banditen ließ man das Feld frei — im Lande des Herrn Calles!

Man könnte sich mit diesen Feststellungen begnügen, wenn nicht das amtliche Mexiko diese für das Land so beschämende Tragödie dazu benutzte, die öffentliche Meinung zugunsten seines jeder Zivilisation hohnsprechenden Kampfes gegen die katholische Kirche einzunehmen. Katholische Priester als Führer einer Räuberbande, die einen Ueberfall auf einen mit Pilgern besetzten Zug unternimmt! Der amtliche Draht in Mexiko scheint das Niveau der Oeffentlichkeit außerhalb Mexikos doch etwas gar zu niedrig einzuschätzen, wenn er glaubte, mit dieser antiklerikalen Schauermär Glauben zu finden. Geglaubt hat ihm der „Vorwärts" und der „Dortm. Gen.-Anz." Das Sekretariat des mexikanischen Präsidenten kam, weil man ihm sonst skeptisch gegenüberstand, auf den schlauen Gedanken, in einer zweiten Meldung zu versichern, es handle sich überhaupt nicht um Räuber, sondern um — „katholische Aufständische"! Der Vorsicht halber hat Herr Calles aber gleichzeitig über die Zeitungen in Mexiko verschärfte Zensur verhängt, damit seine Mären wenigstens im Lande selbst nicht dem Fluche der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Jedermann weiß, daß der mexikanische Episkopat die Gläubigen mehr als einmal ermahnt hat, jeden Akt der Gewalt im Kampfe gegen die Unterdrücker der Kirche zu vermeiden, und daß die Katholiken Mexikos in vorbildlicher Disziplin sich stets an die Weisungen des Episkopats zu halten pflegen. Andererseits weiß man aber auch nachgerade zur Genüge, wie amtliche Meldungen aus Mexiko, wo eine brutale Zensur jede freie Meinungsäußerung zu unterbinden sucht, auf ihren Wahrheitsgehalt hin einzuschätzen sind. „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip. . ." Wenn je, dann trifft dieses Wort auf die zur Zeit in Mexiko Regierenden zu, die im Kampfe gegen die katholische Kirche vor keiner Gewalttat und vor keiner Lüge zurückschrecken.

Nun hat Calles die Bischöfe aus seinem Lande vertrieben. Sollte er der Ansicht sein, auf diese Weise die Katholiken von dem Episkopate trennen zu können, so dürfte ihn ein Blick in die Geschichte des deutschen Kulturkampfes eines anderen überzeugen. Die vertriebenen Bischöfe stehen nun nicht mehr unter der Knute der Calles'schen Zensur, und wir dürften in den nächsten Tagen authentisch darüber unterrichtet werden, was in dem mexikanischen Banditenlande gespielt wird.

Deutsches Reich.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

× Berlin, 23. April. Wie den Blättern mitgeteilt wird, kehrt Reichspräsident von Hindenburg heute abend von seinem Osterurlaub von Hannover nach Berlin zurück.

Der Besuch des Reichsinnenministers in München.

⊠ München, 23. April. Nach Abstattung einer Reihe persönlicher Besuche hielt der Reichsinnenminister v. Keudell heute mittag im Ministerium des Innern die vorgesehenen Besprechungen ab, an denen neben dem Ministerpräsidenten noch der Innenminister und Kultusminister teilnahmen. Hieran schloß sich eine Frühstückstafel beim Ministerpräsidenten, zu der auch der Kultusminister, der Innenminister, der Justizminister, der Staatssekretär im Handelsministerium, Freiherr v. Weser, der Reichsgesandte von Haniel und der Begleiter des Reichsinnenministers, Regierungsrat Walkrat, geladen waren.

Der „Wiking-Olympia"-Prozeß.

× Leipzig, 23. April. Während seiner Vernehmung erklärte der Zeuge von Sodenstern u. a., er habe die Denkschrift nie besessen und auch nie gesehen. Das Protokoll aus der Denkschrift sei übrigens bereits einen Monat vor der Veröffentlichung von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann im preußischen Landtage vorgebracht worden. Nach einer Gegenüberstellung des Zeugen von Sodenstern mit dem Zeugen Käsehage erklärt ersterer, auch heute noch der Ansicht zu sein, daß Deutschland in seiner gegenwärtigen schweren Lage nur durch eine nationale völkische Diktatur vorwärts gebracht werden könne. Diese Diktatur könne nur auf dem Wege über eine nationale Regierung erreicht werden, weswegen der Reichspräsident veranlaßt werden müsse, eine nationale Persönlichkeit mit der Regierungsbildung zu betrauen. Der Zeuge gab weiter zu, deswegen auch beim Reichspräsidenten vorstellig geworden zu sein, der ihn gebeten hätte, dafür zu sorgen, daß in der nationalen Bewegung endgültig Ruhe eintrete und ihm (dem Reichspräsidenten) von rechts keine solchen Schwierigkeiten gemacht würden. Hierauf wurde Oberst a. D. von Knauer, der ehemalige Führer des Tannenbergbundes, über die Entstehung des Aufmarschplanes vernommen. In Erinnerung an die Schreckensbilder der Münchener Separatistenzeit von 1919 sei er zu dem Entschluß gekommen, als Beitrag zu den Schutzmaßnahmen für die Mitglieder des Verbandes aus Anlaß der Pfingsttagung der Roten Frontkämpfer im vergangenen Jahre dem Obersten v. Luck Grundsätze für den Aufmarsch zuzusenden. Nachdem dann die Verteidigung verschiedene Tatsachen zur Sprache gebracht hatte, wonach die Kommunistengefahr auch heute noch bestehe, und nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

Die große Enttäuschung von Genf.

Deutschlands Recht auf Gleichberechtigung.

Alle Teilnehmer an der Abrüstungsvorkonferenz in Genf sind sich schon lange darüber klar, daß eine Einigung zwischen den Mächten nicht zu erreichen ist. Die von England und Frankreich vorgelegten Entwürfe lassen sich nicht unter einen Hut bringen. Kein Staat will in wesentlichen Punkten nachgeben, da eben keiner den guten Willen hat, abzurüsten. Lange Tage zogen sich die Verhandlungen hin. Es wurden, ähnlich wie schon im Sommer 1926, oft geradezu absurde Thesen aufgestellt und das Material, das demnächst dem Völkerbundsrate als Grundlage für die eigentliche Abrüstungskonferenz vorgelegt werden soll, kann und wird wohl kaum seinen Zweck erfüllen.

Ein jedoch keineswegs zu unterschätzendes Ergebnis haben die Beratungen aber doch gehabt. In mannhafter Weise hat der deutsche Vertreter Graf Bernstorff darauf hingewiesen, daß Deutschland nach der Einleitung zu Abschnitt V des Versailler Friedensvertrages das juristische und moralische Recht besitze, daß eine allgemeine Abrüstung durchgeführt wird. Dieses Recht hat auch der französische Vertreter Paul Boncour grundsätzlich anerkannt und Frankreichs Vasallen haben ihm ebenso zugestimmt wie England. Es ist in höchstem Maße anzuerkennen, daß Graf Bernstorff auf dieses Recht nicht nur einmal hingewiesen hat, sondern daß er jede sich bietende Gelegenheit benutzt hat, daß in den ersten Tagen der Konferenz Festgestellte zu wiederholen. Das ist auch in der Sitzung vom Freitag wieder geschehen, als die Bestimmung des französischen Entwurfes beraten wurde, wonach das Abkommen über Rüstungsbeschränkungen auf solche Mächte nicht angewendet werden soll, die bereits eine Verpflichtung übernommen haben, ihre Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft zu beschränken.

Mit vollem Recht hat Graf Bernstorff darauf hingewiesen, daß Deutschland nur einem Abkommen zustimmen könne, das seine aus dem Versailler Friedensvertrag resultierenden Rechte voll und ganz erfülle, Deutschland gehe nicht soweit, daß es sofort eine vollständige Abrüstung aller anderen Staaten verlange, sondern begnüge sich damit, eine erste Etappe auf diesem Wege erreicht zu haben. Es könne aber nicht zulassen, daß die anderen Vertragsstaaten, die in dem Versailler Abkommen übernommenen Verpflichtungen auf unabsehbare Zeiten verschieben, schließlich müsse es auch die Garantie haben, daß die erste Etappe auch wirklich erfüllt werde und daß ihr bald weitere folgten. Diese Garantie sei aber jetzt noch nicht gegeben, denn die ausgebildeten Reserven seien in der Beschränkung der Heeresstärken noch nicht einbegriffen, und sei das lagernde Kriegsgerät nicht unmittelbar erfaßt. Daher sei Deutschland noch nicht in der Lage, zu der in Frage kommenden Bestimmung des französischen Vorschlags Stellung zu nehmen. Graf Bernstorff hat daher, seinen Vorbehalt in den Text der ersten Lesung aufzunehmen, und verlangte, daß die Mächte sich verpflichteten, in angemessener Frist die erste Etappe auf dem Wege der Abrüstung auch durchzuführen und dem ersten Schritt alsbald weitere folgen zu lassen.

Ueber diese Bitte des deutschen Vertreters wurde eine längere Diskussion eröffnet, an der sich die Vertreter der meisten Staaten beteiligten. Während der belgische Vertreter seine Vertragspflichten voll und ganz anerkannte und selbst der französische Delegierte die frühere Erklärung Paul-Boncours über das Recht Deutschlands bestätigte, ließen die Vertreter Rumäniens und Polens durchblicken, daß der Vorbehalt Deutschlands dazu führen könnte, die Bindung Deutschlands an den Versailler Friedensvertrag abzuschwächen oder aufzuheben. Gleichzeitig betonten sie, wie bei allen derartigen Gelegenheiten, daß es für sie in erster Linie darauf ankomme, ihren territorialen Stand zu sichern.

Graf Bernstorff trat besonders dem polnischen Vertreter auf das entschiedenste entgegen und betonte, daß von einer Nichtinnehaltung der Vertragsbestimmungen durch Deutschland keine Rede sein könne, er nahm für sich auch das Recht zu einem Vorbehalt in Anspruch, wenn das Abkommen den deutschen Wünschen nicht entspräche. Man könne es Deutschland nicht verübeln, wenn es bei den großen Lasten, die es durch den Friedensvertrag habe übernehmen müssen, nunmehr auch auf Durchführung der ihm günstigen Bedingungen bestehe. Er habe mit seinem Vorbehalt weiter nichts bezweckt, als die übrigen Mächte an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Daraufhin wurde der deutsche Vorbehalt mit allen Stimmen angenommen.

Die jetzigen Verhandlungen in Genf haben gezeigt, wie sehr Deutschland auf der Hut sein muß, um die ihm durch seine Aufnahme in den Völkerbund satzungsgemäß zustehende Gleichberechtigung auch zu wahren. Immer wieder haben die Vertreter der anderen Mächte versucht, Deutschland herabzudrücken und Vorteile aus seiner Schwächung durch den Frieden von Versailles für sich zu ziehen, ohne an ihre eigenen im Vertrage klipp und klar niedergelegten Verpflichtungen zu denken. Die Verhandlungen haben zum ersten Male diese Schwierigkeiten der ganzen Welt offenbart, und es ist zu begrüßen, daß die übrigen Mächte auf ihre Verpflichtungen aus der Einleitung zum Teil 5 des Friedensvertrages hingewiesen worden sind und daß sie diese voll und ganz anerkannt haben. Insofern haben die Verhandlungen für Deutschland einen nicht geringen Erfolg gehabt, und wir können unserem Vertreter nicht dankbar genug für sein tatkräftiges Auftreten sein.

*

Auf die zweite Lesung verschoben.

× Genf, 23. April.

In der heutigen Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission teilte zunächst der japanische Delegierte mit, daß die japanische Regierung ihre bisherige Reserve in der Frage der Einbeziehung der Truppenbestände der Marine und der Luftflotte sowie der Flugzeuge auf Mutterschiffen in die Beschränkung aufgegeben habe.

Die Kommission trat sodann in die Beratungen über die internationale Kontrolle der Rüstungen ein. Wie bekannt, steht der französische Konventionsentwurf ein umfangreiches Kontrollsystem in Form einer ständigen Abrüstungskommission des Völkerbundes vor, die fortlaufend den Rüstungsstand der Länder kontrollieren und das Recht zu Untersuchungen an Ort und Stelle haben soll. Dieser französische Vorschlag hatte bereits während der bisherigen Verhandlungen der Abrüstungskommission kategorische Ablehnung der Regierungen von Amerika und England erfahren. In der heutigen Sitzung beantragte der amerikanische Delegierte, daß eine Debatte über diesen Vorschlag nicht mehr eröffnet werde, da bereits in den vorhergehenden Verhandlungen die Auffassungen der verschiedenen Delegierten zum Ausdruck gekommen seien und eine Einigung über diese Fragen nicht habe erzielt werden können. Graf Bernstorff schloß sich der Auffassung des amerikanischen Delegierten an. Die Kommission beschloß sodann, ohne weitere Debatte in den Bericht über die erste Lesung des Konventionsentwurfs den französischen und den englischen Standpunkt in Gegenüberstellung aufzunehmen.

Hierauf wandte sich die Kommission der Debatte über die Präambel für die Konvention zu. Bekanntlich hat die deutsche Delegation bereits vor einiger Zeit anstelle der in dem englischen und französischen Entwurf vorgesehenen Präambel folgende Präambel für die Konvention vorgeschlagen wurde.

„In Erwägung der Tatsache, daß die großen Rüstungen eine schwere Gefahr für den Frieden der Welt darstellen und im Hinblick auf Artikel 8 des Völkerbundspaktes, der eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen vorsieht, haben die unterzeichneten Staaten eine Abrüstungskonvention beschlossen, um auf dem Wege der Allgemeinabrüstung den ersten Schritt zu tun, dem zur Herbeiführung weiterer Fortschritte in der Abrüstung weitere Etappen folgen sollen."

Graf Bernstorff begründete die deutsche Präambel damit, daß die Präambel zur allgemeinen Verständlichkeit klar und eindeutig die Hauptgesichtspunkte zum Ausdruck bringen solle. Allgemeine Verständlichkeit und Klarheit der Präambel sei ein dringendes Erfordernis, und zwar im Hinblick auf die Allgemeinheit und insbesondere auf den Mann auf der Straße, der aus der Präambel Ziel und Zweck der Abrüstungskonvention verstehen müsse.

Ferner müsse die Präambel, nachdem die Vereinigten Staaten bereits an den Abrüstungsverhandlungen teilnehmen, nunmehr auch Sowjetrußland die Möglichkeit zu einer solchen Teilnahme geben. Graf Bernstorff gab weiter der Hoffnung Ausdruck, daß Sowjetrußland bereits an der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes teilnehmen werde.

Zum Schluß der heutigen Sitzung wurde beschlossen, in gleicher Weise wie bisher, in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung die Entscheidung über die Präambel der Abrüstungskonvention auf die zweite Lesung des Konventionsentwurfs zu vertagen. Ebenso wird auch die Frage der internationalen Kontrolle der Rüstungen erst bei der zweiten Lesung des Entwurfes zur Verhandlung gelangen.

Damit sind die materiellen Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskommission über den Konventionsentwurf in großen Zügen abgeschlossen. Montag nachmittag tritt die Kommission nochmals zusammen, um einige Restpunkte zu erledigen und den Bericht über die Ergebnisse der ersten Lesung des Konventionsentwurfes entgegenzunehmen. Dieser Bericht, der in der Zwischenzeit vom Büro der Kommission ausgearbeitet wird, wird im wesentlichen eine Gegenüberstellung in den Streitfragen bringen. Am Montag vormittag tritt die besondere Kommission zur Vorbereitung der privaten Waffenfabrikationskonferenz unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff zusammen. Die Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission werden aller Voraussicht noch am Montag oder Dienstag zum Abschluß gelangen.

*

Eine Zuschrift des Internationalen Friedensbureaus.

◇ Genf, 23. April. Das internationale Friedensbüro in Genf hat an den vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz einen von dem Präsidenten des Büros, dem belgischen Senator Lafontaine unterzeichneten Aufruf gerichtet, in welchem erklärt wird, der Welt habe sich noch niemals eine tiefergehende Enttäuschung bemächtigt, als jetzt bei den Beratungen des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz.

Schwere Explosionen.

In Japan 46 Tote, 153 Verwundete.

Riga, 23. April. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurden in der Stadt Kanasawa bei einer Kesselexplosion in einer chemischen Fabrik 46 Arbeiter getötet, 153 erlitten schwere Brandwunden.

In einer Detroiter Farbstoff-Fabrik 20 Tote.

⊠ Detroit, 23. April. In dem Hauptgebäude der Briggs Manufacturies Co., in dem hauptsächlich Autoteile hergestellt werden, ereigneten sich heute zu einer Zeit, als über 2000 Mann in dem Gebäude arbeiteten, kurz hintereinander in einem chemischen Laboratorium zwei Explosionen, durch die eine Wand einstürzte und ein Brand ausbrach. Durch die in dem Gebäude lagernden großen Farben- und Lackvorräte wurden die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Man nimmt an, daß etwa 20 Personen getötet und etwa 50 verwundet wurden.

Bei einem französischen Munitionsdepot.

◆ Lille, 23. April. Im Bailleul ist heute vormittag ein Munitionsdepot in die Luft geflogen. Mehrere Gebäude wurden zerstört. Nach einer Mitteilung der Präfektur sind sieben Personen verletzt worden, drei davon schwer bezw. lebensgefährlich.

Die Ueberschwemmungen am Mississippi.

Memphis, 23. April. Alle verfügbaren Hilfsmittel vom Flugzeug bis zum einfachen Flußkahn sind aufgeboten worden, um die Bevölkerung in den überschwemmten Landstrichen in Sicherheit zu bringen. Es ist bereits gelungen, mehrere tausend Personen zu bergen. In der Nähe von Scott am Mississippi haben mehrere hundert Neger die Zeit seit Donnerstag auf Dächern und Bäumen verbringen müssen. Oberhalb Greenville werden bereits Wohnstätten, die von Flüchtlingen aus dem bisherigen Ueberschwemmungsgebiet überfüllt sind, von den erneut steigenden Fluten des Mississippi bedroht. Im unteren Mississippi-Tal sind neue Deichbrüche eingetreten. Bei Knowltons-Landing und an verschiedenen anderen Stellen strömt das Wasser durch die Bruchstellen und verbreitet sich über die ganze Gegend des Mississippi-Deltas, wodurch weitere Pflanzungen unter Wasser gesetzt und Hunderte von Familien heimatlos gemacht werden. Eine auch nur oberflächliche Schätzung des Schadens ist unmöglich. Auf über tausend Quadratmeilen Land ist die Ernte auf dem Halm vernichtet worden. Außerdem dürfte der von der Ueberschwemmung betroffene Boden in diesem Jahr landwirtschaftlich nicht mehr verwendbar sein. Auch die Eisenbahnen sind in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Todesfälle im Mississippi-Tal, soweit sie bis jetzt bekannt sind, hat bereits 60 überschritten. Außerdem schweben noch Tausende in Lebensgefahr, die sich vor der Ueberschwemmung auf die Dämme, auf Hügel, Bäume oder Hausdächer gerettet haben.

Von Nah und Fern.

Erstickungstod eines Zwillingspaares.

◇ Breslau, 23. April. Heute morgen wurde hier ein vier Monate altes Zwillingspaar in seinem Bette tot aufgefunden. Der Tod war durch Ersticken eingetreten.

Zum Fall Rosen.

Breslau, 24. April. Der wegen des Mordes an Professor Rosen und an dem Schuhmachermeister Stock verdächtige Zuchthäusler Jahn ist seit einigen Tagen aus der Krankenabteilung des hiesigen Untersuchungsgefängnisses wieder ins Breslauer Polizeigefängnis übergeführt worden. Inzwischen hat der Untersuchungsrichter eine Anzahl Zeugen in der Mordsache Rosen vernommen. Nach wie vor bleibt Jahn bei seiner Selbstbezichtigung, daß Strauß sowie die Wirtschafterin Neumann der Mittäterschaft bezw. Mitwisserschaft schuldig seien. Daß dem Jahn die Tat auch zuzutrauen ist, beweist sein nächtlicher Ueberfall in der Wohnung des Geheimrats Bresgen vor zwei Jahren, in welchem Jahn hatte den Geheimrat mit größter Roheit mit seinem Messer bearbeitet und ihm 21 Stichwunden beigebracht.

Verhaftung des Kindermörders Just.

:!: Hamburg, 24. April. Der Kindermörder Just, der am 23. d. M. aus wirtschaftlichen Sorgen seine beiden Kinder vergiftete, wurde am Sonnabend abend erkannt und festgenommen. Nach seiner Angaben ist bei ihm und seiner Frau das Gift, das sie ebenfalls eingenommen hatten, ohne Wirkung geblieben. Er habe dann nicht den Mut gefunden, seinen Leben auf eine andere Weise ein Ende zu machen. Seine Frau hatte, wie gemeldet, versucht, sich zu ertränken.

Furchtbarer Tod eines Kraftwagenführers.

◆ Stralsund, 23. April. Heute vormittag wurde in Tribsees ein Lastauto beim Ueberqueren der Eisenbahngleise von der Lokomotive eines in die Station einfahrenden Zuges erfaßt und vollkommen zertrümmert, wobei der Motor des Kraftwagens in Brand geriet. Der Chauffeur konnte nur als verkohlte Leiche geborgen werden, während sein Begleiter sich rechtzeitig retten konnte.

Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn.

◆ Grimmen, 23. April. Heute vormittag stieß hier ein Lastauto mit einem Zuge zusammen. Das Lastautomobil und der Anhänger gerieten in Brand und wurden vollständig zerstört. Der Wagenführer verbrannte. Der Begleiter konnte sich retten. Der Zugverkehr erlitt eine einstündige Verzögerung.

Absturz von Feuerwehrleuten.

)(Haynau, 24. April. Am Sonnabend abend brach in dem großen Wirtschaftsgebäude des Dominium Pohlsdorf ein großer Brand aus. Bei den Löscharbeiten der Feuerwehren verlor ein Feuerwehrmann den Halt und riß einen anderen Feuerwehrmann in Sturz mit sich herab. Beide erlitten schwere Verletzungen. Das Wirtschaftsgebäude ist mit beträchtlichen Vorräten vollständig ausgebrannt.

Unfall im Konstanzer Münster.

× Konstanz, 24. April. Heute nachmittag stürzte im Chor der alten Konstanzer Münsterkirche der große Kronleuchter von der Decke herab auf die Steinfliesen, ohne weiteren Schaden anzurichten. Ueber die Ursache des Unfalls ist noch nichts bekannt.

Verhaftung des Großmeisters der italienischen Freimaurer.

× Rom, 23. April. „Giornale d'Italia" meldet, daß der Freimaurer-Großmeister Domizio Torrigiani heute morgen verhaftet und zu fünfjähriger zwangsweiser Verschickung verurteilt worden ist.

Grubenunglück in Frankreich.

◆ Paris, 23. April. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten teilt mit, daß sich heute in den Bergwerken von Cransac (Depart. Aveyron) ein Schlagwetterunglück ereignet hat. Acht Bergarbeiter (fünf Franzosen und drei Spanier) sind dabei ums Leben gekommen, zwei weitere schwer verletzt worden.

Vierfacher Mord und Selbstmord in Paris.

◆ Paris, 24. April. In einer Pariser Vorstadt geriet ein Mieter mit seinem Hausherrn in Streit, in dessen Verlauf er diesem und seiner Gattin sowie deren beiden Kindern den Hals durchschnitt und sich dann selbst erhängte.

Zusammenstoß mit einem Eisberg.

× Tokio, 23. April. In der Nähe der Südspitze von Sachalin kollidierte ein Fischereidampfer mit einem Eisberg. Man befürchtet, daß etwa 50 Mann der Besatzung ums Leben gekommen sind.

Rheder Volks
Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei
Nummer

Die D

Keine der nichtsoz
land ist bei den Wahl
gefahren wie die D
Partei. Dabei verfü
Presse. Die demokrat
Frankfurt marschieren
der Spitze der deutsch
reinen Parteiblättern
Teil der Generalanze
Ideen im Sinne der
sein. Trotzdem ist ihr
ten Jahren versagt ge
zur Nationalversamml
Demokraten vor Auge
rückwärts geht. Nun
gierungsverantwortung
ganz offenkundig erh
positionsstellung, daß
erheblich beitragen we
für 1928 bereits eröffn
abgehaltener Partei
lerschaft eine General
Wollen vermitteln.

Die besten Pferde
den und haben sich in
Die Demokraten haben
kann, manchen fähigen
Partei leidet darunter,
Deutscher Volkspartei
jener die liberale Grü
aber stets das Gesicht nu
der Praxis immer meh
Sozialdemokratie gewo
jetzt die Hamburger V
und Entschließungen k
vergeblich nach etwas
besonders charakteristisch
könnte, und man wird
wundern, daß diese Be
Stellungnahme zu wich
A. B. zum Volksentsch
Fürstenvermögen dazu
von 131 794 Mitglieder
Laufe eines Jahres 15
sodaß sie nach dem in
nur noch 116 873 Mitgl
einem Jahre me
ihrer Beitrag
verloren, obwohl sie
gefeierten Reichsfinanz
dem Mann der Steuer
Wie sehr sie auch heute
sucht, hat man in Hamb
ten hat dem kritischen
sache als belanglos ers
notwendig war, bei de
Reichstag nicht wenig
Wein zu gießen. Es soll
daß Dr. Reinhold für d
sterposten erhebliche Fä
ebensowenig kann bestri
Optimismus zu weit ge
gerade eine glänzende
Nachfolger Dr. Köhler
den gestern hier angefü
mania" ist darüber das

Nicht ungeschickt war
Parteileitung, daß sie
großdeutschen Ei
fang der Parteitagsbera
es, was der Parteivorsit
Ergebnis seiner Unterfu
das, was die radikalen
lediglich eine Neugliede
dem Bestande der mittel
schenverwaltung zwischen
halten sei. Die Aussprach
diese Frage innerhalb
Meinungsverschie
ist der Meinung, daß ma
der bestehen lasse
er offenbar, da es ja wo
Land ist, aufteilen, währ
sen zum Reichsland zu n
sis gegenübersteht. Der
Dr. Külz dagegen, stell
sätzen die Forderung na
auf, und zwar: 1. Reichs
2. ein Reichsland Mitt
deutschland und 4.
die Vorherrschaft Preuße
nete Dr. Fick-Würzburg
Republiken hätten den W
heitsstaat aufzugehen.
Länder beweist freilich ge
Mommsen, einer de
darum auch, daß im St
gung geschaffen werde.
muß, dürfte also doch, wo
und vermag schwerlich
Schließlich hat sich denn
in einer Entschließung zu
deutschen Einheits